

Medienmitteilung

Kantonale Volksabstimmung vom 30. November 2014

Drei mal JA zu den kantonalen Vorlagen

Die BDP Kanton Solothurn freut sich über das Abstimmungsresultat der kantonalen Vorlagen. Alle drei Vorlagen wurden von den Stimmbürgern angenommen. Der Vorstand der BDP Kanton Solothurn hatte im Vorfeld der Abstimmungen ein JA zu allen drei Vorlagen empfohlen.

JA zur Teilrevision des Energiegesetzes

Die Stimmbürger haben die Notwendigkeit einer Teilrevision des Energiegesetzes erkannt. Die BDP Kanton Solothurn nimmt dies mit grosser Genugtuung zur Kenntnis, da der Kanton Solothurn zu den letzten Kantonen gehört, welche die Energie-Mustervorschriften bei den Elektroheizungen noch nicht umgesetzt haben. Die grosszügige Übergangsfrist bis 31. Dezember 2030, gibt den Eigentümern von elektrischen Widerstandsheizungen die Möglichkeit, einen Ersatz langfristig zu planen. Neuinstallationen von elektrischen Widerstandsheizungen werden künftig nicht mehr möglich sein. Die BDP Kanton Solothurn sieht dies als einen Teilschritt der notwendigen Massnahmen in der unvermeidbaren Energiewende.

JA zum neuen Finanz- und Lastenausgleich bei den Einwohnergemeinden

Mit dem neuen Finanz- und Lastenausgleich wird endlich mehr Transparenz und mehr Gerechtigkeit erzielt. Mit dem bisherigen Finanzausgleich konnte die angestrebte Ausgleichswirkung nicht erreicht werden. Zudem wurde dieser in einer Studie von 2013 im interkantonalen Vergleich als sehr schlecht bewertet, und schnitt auf dem zweitletzten Platz aller Kantone ab. Mit dem neuen Finanz- und Lastenausgleich werden die strukturschwachen und steuerkraftschwachen Gemeinden besser unterstützt. Die erwünschte Ausgleichswirkung zwischen den Gemeinden wird somit erreicht.

JA zu den Steuergrössen im direkten Finanzausgleich

Diese Vorlage stand im direkten Zusammenhang mit dem neuen Finanz- und Lastenausgleich bei den Einwohnergemeinden. Durch die Annahme des neuen Gesetzes zum Finanz- und Lastenausgleich, wird das alte Gesetz automatisch ausser Kraft gesetzt. Somit müssen auch die Ausführungsbestimmungen für das alte Finanz- und Lastenausgleichssystem ausser Kraft gesetzt werden. Zudem müssen auch die Ausführungsbestimmungen des alten Lehrerbesoldungssystems ausser Kraft gesetzt werden, da mit dem neuen Gesetz die Schülerpauschale eingeführt wird. Eine Aufteilung der beiden Vorlagen war trotzdem nötig, da diese nicht den gleichen Referendumsvorschriften unterstehen.

Auskunft:

Markus Dietschi, Präsident BDP Kanton Solothurn, 079 673 93 78
Martin Joss, Vize-Präsident BDP Kanton Solothurn, 079 953 14 44

30.11.2014